

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR, CDU+ und BfS/FDP/BkW

Vorlagen Nr.:

A/4/0042

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	17.03.2025

Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR, CDU+ und BfS/FDP/BkW: "Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung beim Windkraftausbau"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Der Kreistag Vorpommern - Rügen spricht sich gegen jede Maßnahme aus, die die kommunale Planungshoheit im Bereich der Windenergie einschränkt oder auf Landesebene zentralisiert.
2. Der Landrat wird beauftragt sich gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie in den relevanten Gremien klar für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung in der Flächennutzungsplanung einzusetzen.
3. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die Planungen zum Windkraftausbau so zu gestalten, dass eine echte Bürgerbeteiligung gewährleistet bleibt und die Interessen von Natur, Landschaft und Tourismus angemessen berücksichtigt werden.
4. Der Landrat wird gebeten, sich gegenüber der Landesregierung und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern für eine Windkraftplanung mit folgenden Grundsätzen einzusetzen:
 - Die Festlegung von Windkraftgebieten muss weiterhin auf kommunaler Ebene erfolgen.
 - Die Rechte der Gemeinden bei der Flächennutzungsplanung sind zu wahren.
 - Die Interessen von Tourismus, Landwirtschaft sowie Natur- und Artenschutz müssen bei der Windkraftplanung vorrangig berücksichtigt werden.
 - Ein Windkraftausbau ohne ausreichenden Netzausbau und Speicherkapazitäten ist nicht zielführend und darf nicht auf Kosten der Bevölkerung im ländlichen Raum erfolgen.
 - Der Kreistag fordert eine offizielle Stellungnahme der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, wie sie die Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich der erneuerbaren Energien sicherstellen will.

Begründung:

Im Landtag Mecklenburg-Vorpommern gibt es Überlegungen und Initiativen zum Windkraftausbau, die eine massive Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung bedeuten würden. Solche Ideen dürfen keinesfalls weiterverfolgt werden.

Eine zentrale Steuerung der Flächenausweisung für Windkraftanlagen auf Landesebene würde dazu führen, dass Gemeinden übergangen und lokale Interessen missachtet werden. Zudem birgt die pauschale Vorgabe, bestimmte Flächenanteile für Windkraft zu nutzen, erhebliche Risiken für den Tourismus, den Artenschutz und die Kulturlandschaft in Vorpommern-Rügen. Gleichzeitig fehlen tragfähige Lösungen für den notwendigen Netzausbau und die Energiespeicherung. Der Kreistag Vorpommern-Rügen sollte sich klar für eine Windkraftplanung einsetzen, die die kommunale Selbstverwaltung sichert, eine nachhaltige Entwicklung der Region ermöglicht und eine echte Beteiligung der Bürger gewährleistet.

gez. Mathias Löttge
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BVR/FW/FR

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion CDU+

gez. Gerd Scharmberg
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BfS/FDP/BkW